

OGBL Einkommenssteuertabelle anpassen

Der OGBL hat die Regierung in einem Schreiben aufgefordert, die Einkommenssteuertabelle anzupassen. Die Gewerkschaft bezieht sich dabei auf Artikel 125 des umgeänderten Gesetzes vom 4. Dezember 1967 über die Einkommenssteuer. Das sieht Folgendes vor: „Wenn der durchschnittliche Verbraucherindex während der ersten sechs Monate eines Jahres im Vergleich zum Verbraucherindex der ersten sechs Monate des vorhergehenden Jahres eine Abweichung von mindestens 3,5 Prozent aufzeigt, muss der Einkommenssteuertarif für natürliche Personen ab kommenden Steuerjahr aufgrund der festgestellten Verbraucherpreisindexschwankung revidiert werden. Zu diesem Zweck hinterlegt die Regierung einen ordnungsgemäß angepassten Steuertarif bei der Abgeordnetenkammer.“ Dies sei 2011 der Fall gewesen, folglich hätte die Regierung ein entsprechendes Gesetz für die Anpassung unterbreiten müssen, was sie allerdings nicht tat. Die CSV/LSAP-Koalition müsse das demnach schleunigst nachholen und die Steuertabelle rückwirkend zum 1. Januar anpassen. Der OGBL hat gestern übrigens auch einen „Kaufkraftverlustrechner“ online gestellt, damit die Lohn- und Pensionsempfänger ihren Kaufkraftverlust durch die Ende Januar viertierte Indexmanipulation berechnen können.

Sekundarschulreform ORK fordert gemäßigtere Töne

Dass das Sekundarschulsystem reformiert werden müsse, zeige allein schon die hohe Zahl der Jugendlichen, die das System ohne Diplom verlassen, schreibt das „Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand“ in einer Stellungnahme zum umstrittenen Reformvorhaben. Das ORK teilt dessen Ziel, eine „Schule des Mißerfolgs“ zu vermeiden und findet „travail personnel“, Tutorat und systematische Praktika in der Wirtschaft positiv. Mit Bedauern nimmt das ORK zur Kenntnis, dass die Lehrgewerkschaften zentrale Punkte des Reformprojekts ablehnen. Mangels Gegenvorschlägen gebe es allerdings nur die „hoffnungslose“ Perspektive, dass alles so bleibt wie es ist. Das ORK bedauert ebenfalls, dass die Sekundarschulreform mit jener der öffentlichen Funktion vermischt wird. Es müsse vermieden werden, dass die komplexe Sekundarschulreform, die von enormer Tragweite sei, zur Entstehung von zwei Lagern führt. Der Appell ergeht an die Eltern, Lehrer, Erzieher, Politiker und Gewerkschafter, in der Diskussion eine verantwortungsbewusste und konstruktive Stellung einzunehmen.

„Il n'y a eu à aucun moment une revendication des auteurs se réclamant d'un groupe idéologique [...] ou d'un groupe réclamant une action politique déterminée de la part du Gouvernement [...] Donc pas d'attentat à connotation terroriste ou politique“, schreibt Robert Biever in der Anklageschrift zur „Bommeleeër“-Affäre. Der Staatsanwalt kommt auch zum Schluss, dass die Attentäter aus rein materiellen Beweggründen agierten. Die „Bommeleeër“ hätten einzig und allein das Ziel verfolgt, eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Sicherheitskräfte durchzusetzen. Doch bedurfte es dazu der „Bommeleeër“-Attentate überhaupt? Müssen die Aktionen der Bommeleeër nicht vielmehr in einem internationalen Kontext gesehen werden? Im Kontext einer „Politik der Spannung“?

30. Oktober 1985: zwei verummte Bankräuber dringen in den Hauptsitz der BIL (Banque Internationale à Luxembourg) am Boulevard Royal ein. Der Alarm wird ausgelöst und die Polizeipatrouille erreicht den Tatort, gerade als die Räuber die Bank verlassen wollen. Sie eröffnen sofort das Feuer und treffen den jungen Polizeibeamten Patrice Conrardy tödlich. Der Tod wird mit Bestürzung in der Luxemburger Öffentlichkeit aufgenommen und führt zu einer Welle der Solidarität mit dem Opfer.

Dieser Mord steht, wie keine andere Tat, für eine neue „Qualität der Kriminalität“, die Luxemburg in den „bleiern“ 1980er Jahren heimsuchte. Sowohl die Zahl der Morde und Mordversuche, sowie der Totschlag und Totschlagversuche stieg damals stark an. Vor allem im Rotlichtmilieu nahmen die kriminellen Aktivitäten rund um den Drogen- und Mädchenhandel zu.

„Wir haben hier neuerdings ein Klein-Chicago“

Daneben nahm mit der Ausdehnung des Luxemburger Bankplatzes die Zahl der Überfälle auf Banken und Geldtransporter rasant zu. Dies verleitete den Luxemburger Kriminologen Armand Mergen im Jahr 1987 gegenüber dem „Spiegel“ zur Aussage: „Wir haben hier neuerdings ein Klein-Chicago“.

Nach dem Banküberfall auf die Zentrale der BIL organisierte die Polizeigewerkschaft am 18. Dezember 1985 eine Demonstration auf dem hauptstädtischen „Knuedler“, an der sich rund 2.000 Menschen beteiligten. Die Demonstranten, darunter viele Beamte, aber auch Politiker und Prominente, protestierten unter dem Motto „Sicherheit für alle“ und forderten die Regierung auf, die Polizei besser auszustatten und die Bevölkerung besser zu schützen. Im Parlament hatte fast zeitgleich eine Debatte über die Sicherheitslage des Landes stattgefunden, in der sich alle großen Parteien über eine personelle und materielle Aufstockung der Sicherheitskräfte einig waren.

In vielen Dokumenten aus dieser Zeit - der sogenannte „Geiben-Be-

richt“ des jungen aufstrebenden Offiziers und späteren BMG-Chefs Bernard Geiben war nur einer davon - ist die Rede von einer Überforderung der Sicherheitskräfte durch die Zunahme der Gewalt im Land.

In allen Stellungnahmen aus den Jahren 1984 bis 1987 fällt jedoch auf, dass die „Bommeleeër“-Affäre, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die bessere materielle Ausstattung der Sicherheitskräfte war auch nur ein Punkt neben anderen.

Man wäre also geneigt zu sagen, dass es der „Bommeleeër“ eigentlich gar nicht bedurfte, um die materiellen Forderungen aus den Reihen der Sicherheitskräfte zu stützen. Die Waldbilliger Bande hatte ihres bereits dazu beigetragen. Und in der Tat wurden die vielzitierten Etaterhöhungen für die Sicherheitskräfte unmittelbar nach dem tödlichen Banküberfall im November 1985, noch vor dem Ende der „Bommeleeër“-Attentate, entschieden. Damit hätten die Attentäter, nach der Argumentation des Staatsanwalts, ihr Ziel eigentlich erreicht gehabt. Trotzdem aber ging die Anschlagsserie noch bis Februar 1986 weiter.

Dies schwächt maßgeblich die These der Staatsanwaltschaft, dass Beamte aus der Gendarmerie die Anschläge lediglich verübt hätten, um von einer besseren Ausstattung zu profitieren. Die Frage, wem die Attentate gedient haben könnten, muss vielmehr in einem weiteren Kontext gesehen werden.

Auch Armeeausgaben wurden erhöht

Denn die Aktionen der „Bommeleeër“ betrafen nicht nur die Polizei und die Gendarmerie. Wie bereits gezeigt wurde (s. Teil 1 unserer Serie), forderten die „Bommeleeër“ auch die Armee und den Geheimdienst mit ihren Aktionen heraus.

Denn sie machten deutlich, dass die Landesverteidigung im Fall eines Angriffs des Warschauer Paktes vollständig versagt hätte. Die „Bommeleeër“ verfolgten demnach auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges eine militärische Logik bei der Auswahl

„Bommeleeër“: Vernachlässigte Pisten (Teil 6)

Die „Politik der Spannung“

Eine „neue Qualität“ der Kriminalität: Anfang der 1980er Jahre nahmen die Gewalttaten in Luxemburg stark zu. Die so genannte „Waldbilliger Bande“ verübte mehrere brutale Banküberfälle. Am 30. Oktober 1985 wurde der junge Polizist Patrice Conrardy beim Überfall auf die BIL am Boulevard Royal kaltblütig erschossen. Im Bild: der „Journal“-Bericht zum Überfall Photo: LJA

ihrer Ziele, indem sie treffsicher die kritischen Infrastrukturen des Landes angriffen.

In den beiden Legislaturperioden 1979 bis 1989 wurden deshalb, unter schwierigen budgetären Bedingungen, auch die Ausgaben der Armee substantiell erhöht. Die Frage: „A qui profite le crime?“ kann deshalb nicht so eindeutig beantwortet werden, wie es in der Anklageschrift formuliert wird. Denn neben der Gendarmerie profitierten noch ganz andere Akteure von den Taten der „Bommeleeër“.

Auf internationalem Plan, auf dem Höhepunkt des kalten Krieges, stützten die Aktionen der „Bommeleeër“ diejenigen Kritiker im In- und Ausland, die behaupteten, dass die Europäischen Staaten in den Jahren der Entspannung (1970er) ihre Landesverteidigung sträflich vernachlässigt hätten und dadurch nur ungenügend auf einen Angriff des Warschauer Paktes vorbereitet seien.

In den Jahren 1982 bis 1986 ereigneten sich in Luxemburg und Belgien eine Vielzahl von Zwischen-

fällen, die alle nur ein Ziel verfolgten: Zu zeigen, dass die Sicherheitsinfrastrukturen des Landes im weitesten Sinne mangelhaft seien.

Der belgische Senat kommt in seinem Ermittlungsbericht zum „Stay Behind“-Netzwerk zum Schluss, dass diese Aktionen allesamt zum Ziel gehabt hätten: „de démontrer l'inefficacité des mesures de sécurité prises en Belgique.“

„Protestations contre un laxisme en matière de sécurité“

Auch Staatsanwalt Robert Biever spricht im Zusammenhang mit den Aktionen der „Bommeleeër“ von „protestations contre un laxisme en matière de sécurité.“ Doch der belgische Senat verfolgt eine Piste, die der des Luxemburger Staatsanwalts diametral entgegen gesetzt ist. Die Senatoren schreiben in ihrem Bericht von einer „Manipulation der belgischen Bürger durch ausländische Geheimdienste.“ Wie konnten sie zu diesem Resultat kommen?

Sowohl in den NATO-Manövern „Oesling“ (Teil 2 dieser Serie) als auch bei dem Aufbau von Parallelstrukturen des „Stay-Behind“-Netzwerkes (Teil 3 dieser Serie) und paramilitärischer Milizen (Teil 4 dieser Serie) sahen die Senatoren es als erwiesen an, dass es zu Aktionen gekommen sei, die man im Kontext eines Protestes gegen „einen Laxismus in Sicherheitsfragen“ sehen müsse. Gleichzeitig sah die Kommission es als erwiesen an, dass US-amerikanische Geheimdienste in diesen Zwischenfällen maßgeblich beteiligt waren.

En effet, le taux de renforcement du service n'est en aucune relation avec l'évolution de la criminalité, tant sur le plan quantitatif que sur le plan de la complexité des affaires. De plus en plus, les enquêteurs se trouvent confrontés à des sortes de criminalité d'une ampleur inconnue, voire même méconnue au Luxembourg (cf terrorisme, grand banditisme, criminalité des affaires, stupéfiants, trafic d'armes et proxénétisme). Or, il ne suffit pas de vouloir se vanter être Capitale de l'Europe et place financière de renom mondial, si on ne veut pas instaurer l'infrastructure policière minimale requise pour la protection

Auszug aus einem Bericht der „Sûreté“ aus dem Jahr 1987

Die Senatoren kommen zum Schluss, dass die Aktionen Teil einer internationalen „Politik der Spannung“ gewesen sei. Als wichtiges Element zitiert der belgische Senat in dem Zusammenhang aus einem geheimen US-Dokument, der so genannten „Note Westmoreland“ - auch bekannt als „US Army Field Manual 30-31B“ - benannt nach dem amerikanischen General William Westmoreland. Darin wird beschrieben, dass US-Geheimdienste in Gastländern zu verdeckten Operationen greifen dürfen, wenn es in dem Land zu einer Passivität oder Unentschlossenheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung kommen sollte. (siehe Rahmen)

Die Echtheit des Dokumentes wird von amerikanischer Seite bestritten. Laut US-Darstellung soll der sowjetische Geheimdienst KGB den Anhang des „Field Manual“ in den 1970er Jahren gefälscht haben.

Doch sowohl der belgische als auch der italienische Senat hielten das Dokument für ein Original und erwähnen es in ihren jeweiligen Berichten über das „Stay Behind“-Netzwerk. Auch der Schweizer Historiker Daniele Ganser (s. Interview) hält das Dokument für authentisch.

Für Luxemburg von besonderem Interesse ist der Text wegen ihrer Adressaten: den amerikanischen „Special Forces“. Der Text wurde als Anweisungen für die US-Elitesol-

daten bei ihren Aktivitäten in befreundeten Gastländern ausgearbeitet und als „Anhang B“ ihrem „Field Manual“ beigefügt.

Die „Special Forces“ waren jedoch während den „Bommeleeër“-Jahren regelmäßig in Luxemburg präsent. Einige von ihnen geben an, mit luxemburger „Special Forces“ Sabotage-Aktionen und psychologische Kriegführung trainiert. Allerdings verfügt Luxemburg über keine eigene „Special Forces“-Einheit, so dass die Frage bis heute offen bleibt, wen diese US-Soldaten konkret ausbildeten.

Ein rein nationales Motiv?

Die „Note Westmoreland“ verstärkt die Piste in Richtung einer US-amerikanischen Implikation in der Attentatsserie. Nicht nur, dass in den „Bommeleeër“-Jahren ausgewiesene Experten in Sabotage-Aktionen in Luxemburg anwesend waren. Die „Note Westmoreland“ liefert darüber hinaus ein Motiv für die Taten. Ein Motiv, das man in anderen Worten als „protestations contre un laxisme en matière de sécurité“ bezeichnen könnte.

Dem gleichen Motiv also, das der Staatsanwalt bei den „Bommeleeër“-Attentaten vermutet. In diesem Fall zeigt das Motiv jedoch nicht in die

Richtung der Gendarmerie, sondern in Richtung der „Stay Behind“-Netzwerke und ihrer Verankerungen in allen Sicherheitsdiensten (Armee, Gendarmerie, Polizei und SREL).

Es handelt sich dann also nicht mehr um ein rein nationales Motiv, sondern um ein Motiv, das im Kontext des Kalten Krieges und der Konfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt zu verstehen ist.

Und das Ziel, das die „Bommeleeër“ verfolgten, war nicht nur eine bessere materielle Ausstattung der Gendarmerie, sondern der Aufbau eines Unsicherheitsgefühls in Luxemburg um eine Verschärfung des ge-

samten Sicherheitsapparates vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zu erreichen.

In die Richtung der „Special Forces“ wurde jedoch nie ermittelt. Zu welchem Zeitpunkt haben sie sich in Luxemburg befunden? Mit wem trainierten Sie? Gab es Kontakte zum luxemburger „Stay Behind“? Gab es ein luxemburger Pendant zu den „Special Forces“? Wer wusste von ihrer Präsenz in Luxemburg? Alles Fragen auf die es bisher keine Antworten gibt... > LJ

> Morgen: Teil 7: Die „World Anti-Communist League“ und die Notwendigkeit der Subversion

„Wenn die Regierungen mit ungenügender Schlagkraft reagieren“

„Es kann vorkommen, dass die Regierungen der Gastländer gegenüber dem Kommunismus oder der kommunistisch inspirierten Unterwanderung Passivität oder Unentschlossenheit zeigen und gemäß den Einschätzungen der US-Geheimdienste mit ungenügender Schlagkraft reagieren. Meist entstehen solche Situationen, wenn die ‚Aufständischen‘ zeitweilig auf Gewalt verzichten und sich somit einen Vorteil zu verschaffen hoffen, da sich die Führungskräfte des Gastlandes in falscher Sicherheit wähnen. In solchen Fällen sollten dem US-Militärgeheimdienst alle Mittel zur Verfügung stehen, gezielte Operationen zu starten, die sowohl die Regierungen der Gastländer als auch die Öffentlichkeit von der Gefahr einer Rebellion und der Notwendigkeit eines Gegenangriffs überzeugen.“ <

> Deutsche Übersetzung eines Teils von Punkt 11 des 4. Kapitels der „Note Westmoreland“, der den „Agenten für Spezialeinsätze“ gewidmet ist

Interview mit dem Schweizer Historiker Daniele Ganser zur „Strategie der Spannung“ „Der Staatsapparat kann seine Macht so ausbauen“

Lëtzeburger Journal: Herr Ganser, was versteht man genau unter „Strategie der Spannung“?

DG: Ziel ist es, eine Spannung aus emotionaler Anspannung zu erzeugen, nicht unter den Opfern des Terrorismus, sondern unter den Menschen, die den Terrorismus beobachten.

Den politischen Gegner diskreditieren

LJ: Was wurde damit bezweckt?

DG: Ziel war im Kalten Krieg einen politischen Gegner zu diskreditieren. In Italien zum Beispiel wurden kommunistischen Kräften Attentate angehängt, um möglichst zu vermeiden, dass sie in die Exekutive aufsteigen. Die Strategie der Spannung kann aber auch dazu dienen, Bürgerrechte zu schwächen. Wenn sich ein Unsicherheitsgefühl breit macht, sind die Bürger eher bereit, etwa Ausgangssperren, verstärkte Kontrollen oder die Aufstockung der Mittel für Sicherheitskräfte hinzunehmen. Der Staatsapparat kann seine Macht so ausbauen.

LJ: Können Sie einen konkreten Fall nennen?

DG: 1972 kamen im norditalienischen Peteano drei Carabinieri bei der Explosion einer Autobombe ums Leben. Für den Anschlag wurden die linksextremen „Brigate Rosse“ verantwortlich gemacht. Die Ermittlungen in diesem Fall führten allerdings zum Neofaschisten Vincenzo Vinciguerra, der ein umfassendes Geständnis ablegte. Bereits in den 1980er Jahren sagte er aus, dass es ein geheimes Netzwerk gebe, das in unterstützt habe. Darin seien Geheimdienste und NATO verwickelt. Man schenkte ihm keinen Glauben. Bis 1990 der italienische Premier Andreotti die Existenz des „Stay Behind“-Netzwerks zugeben musste. Interessant sind auch die Aussagen von General Giandelio Maletti im Prozess um das Attentat an der Piazza Fontana in Mailand 1969. Maletti war Chef der Gegenspionage und äußerte sich wie folgt beim Prozess im Jahr 2001: „Die CIA, gemäß den Anweisungen seiner Regierung, wollte einen italienischen Nationalismus



Photo: Basile Bornand

schaffen, der in der Lage war zu stoppen, was sie als einen Linksrutsch sahen und, zu diesem Zweck, könnte von rechtsextremen Terrorismus Gebrauch gemacht haben“.

LJ: Die Verantwortlichen der NATO haben das immer abgestritten und behauptet, das Netzwerk sei niemals in Friedenszeiten aktiviert worden...

DG: Vinciguerra sagte: „Für uns war der Kalte Krieg ein Krieg“. Die Definition was Krieg ist, kommt also sehr auf die Ideologie an, der man anhängt. Ziel eines Generals ist es immer, zu gewinnen. Dass es dabei Tote gibt, wird in Kauf genommen. Und die Möglichkeit zu täuschen, wird immer benutzt. Vinciguerra erklärte den inszenierten Terror wie folgt: „Sie mussten Zivilisten, das Volk, Frauen, Kinder, unschuldige Menschen, Unbekannte die weit abseits von jeglichem politischen Spiel standen, angreifen (...) Der Grund ist einfach. Sie sollten das italienische Volk drängen, sich für eine größere Sicherheit an den Staat zu wenden. Das ist die politische Lo-

gik, die hinter all den Massakern und Anschlägen steckt, die unbestraft bleiben, weil der Staat sich nicht selbst anklagen oder sich verantwortlich erklären kann, für das was geschah“.

LJ: Es gibt ein Dokument der US-Armee, das „Field Manual 30-31B“, in dem beschrieben wird, wie eine „Strategie der Spannung“ aufgebaut werden soll. Die Echtheit des Dokuments ist umstritten. Was halten Sie davon?

DG: Es ist in vielen Ländern aufgetaucht. Die USA behaupten, es sei eine sowjetische Fälschung. Ich glaube, dass es echt ist, kann es aber nicht beweisen. Die dort beschriebene Vorgehensweise ähnelt allerdings jener, die in einem diesmal zweifellos echten Dokument aus den 1960er Jahren beschrieben wird. Bei der Operation „Northwoods“ sollte die US-Bevölkerung durch Anschläge in Angst und Schrecken versetzt werden. Anschläge, die von US-Streitkräften in den USA verübt werden und dann Kuba angekreidet werden sollten. So sollte die öffentliche Meinung manipuliert werden, damit sie eine Invasion Kubas unterstützen sollte. Präsident Kennedy stoppte die Operation später.

„Was ich sehe, passt gut zu dem Muster“

LJ: Was glauben Sie: Waren die Bombenanschläge in Luxemburg Teil einer „Strategie der Spannung“?

DG: Das weiß ich nicht. Was ich sehe, passt aber gut zu dem Muster. Die Bevölkerung sollte offensichtlich in Angst und Schrecken versetzt werden und nach mehr Sicherheit rufen. Und die Mittel wurden damals, so weit ich das überblicke, solide verstärkt.

> LJ

> Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser leitet heute das Swiss Institute for Peace and Energy Research. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört unter anderem verdeckte Kriegführung und Geostrategie. In diesem Zusammenhang forscht Ganser insbesondere auch über die NATO-Geheimarmeen in Europa.

«Midi de l'Europe» Une journée dédiée au consommateur

A l'occasion de la Journée européenne des consommateurs, le Bureau d'information du Parlement européen à Luxembourg, la Représentation de la Commission européenne au Luxembourg, le Mouvement Européen Luxembourg et le Centre Européen des Consommateurs invitent aujourd'hui à un «Midi de l'Europe» sur le thème du droit européen de la consommation et plus particulièrement sur les arnaques sur Internet, le commerce électronique et les crédits.

Rejoignez donc à partir de 12h30 aujourd'hui le Centre d'information européen de la Maison de l'Europe (7, rue du Marché-aux-Herbes à Luxembourg) pour poser toutes les questions en matière de droits du consommateur aux spécialistes présents.

A noter que les juristes du Centre Européen des Consommateurs (CEC) sont à votre disposition à la Maison de l'Europe entre 9 et 17 heures aujourd'hui.

<

Konferenzen mit Charles Goerens

EU: Problem oder Teil der Lösung?

Der liberale Europaabgeordnete Charles Goerens lädt für kommende Woche zu Konferenzen über den jetzigen Zustand der Europäischen Union. Am 19. März um 20 Uhr wird er zu diesem Thema im Centre Culturel Lorenzweiler (120, route de Luxembourg, L-7374 Helmdange) einen Vortrag halten mit anschließender Diskussionsrunde.

Weitere Rendez-vous: 20. März in Steinfort (Al Schmelz, rue Collart); 21. März in Eischen (Ancien Presbytère, rue de l'Ecole); 22. März in Kehlen (Musekssall, 8, rue du Centre).

<

Erdölprodukte Benzin und Heizöl schon wieder teurer

Von Rekord zu Rekord: Der Preis für Benzin steigt immer weiter. Fortan schlägt der Liter Super 95 mit 1,435 Euro/l zu Buche (+2 Cent), der Liter Super 98 ist für 1,459 Euro/l zu haben (+2,1 Cent).

Auch Normal-Heizöl wird schon wieder teurer. Der Literpreis liegt ab sofort bei 0,861 Euro (+2 Cent).

<